

Die Entwicklung der Weltbevölkerung

Daß die Entwicklung der Weltbevölkerung Anlaß zu echten Sorgen ist, kann fast schon als Gemeinplatz gelten. Dennoch erregt die Diskussion der entwicklungspolitischen Aspekte des Wachstums der Weltbevölkerung die Gemüter wie kaum ein anderes Thema der Beziehungen der Entwicklungsländer zu der übrigen Welt. Viele Entwicklungsländer fassen auch gutgemeinte Ratschläge als Einmischung in ihre innere Politik auf und betrachten Initiativen in dieser Richtung als eine besonders raffinierte Form des Ne imperialismus. Gleichzeitig warnen die Zukunftsforscher vor einem Selbstmord durch die ›Bevölkerungsbombe‹ und betonen, daß nur ein schnell wirkendes Programm der Beschränkung des Bevölkerungszuwachses eine Katastrophe abwenden kann.

Ein Blick in die Statistik zeigt, daß in der Tat das Bevölkerungsproblem vor allem ein Problem der Entwicklungsländer ist. Während die Bevölkerung in den industrialisierten Ländern nur langsam wächst oder gar stagniert, hat der Zuwachs der Bevölkerung in den Entwicklungsländern ein Niveau erreicht, das weltgeschichtlich ein Novum ist. Das hat dazu geführt, daß ausgerechnet in den Teilen der Welt, die besonders arm sind, der Bevölkerungszuwachs jede Hoffnung auf eine schnelle Erhöhung des Lebensstandards zunichte macht. Während der ersten Entwicklungsdekade, d. h. in den 60er Jahren, wurde die jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts der Entwicklungsländer, die immerhin den beachtlichen Satz von 5 vH erreichte, in ihrer Wirkung durch den Bevölkerungszuwachs fast halbiert, d. h. die Steigerung des Bruttosozialprodukts pro Kopf lag zwischen 3 und 2,5 vH. In manchen Ländern ging das statistisch ermittelte Pro-Kopf-Einkommen sogar zurück, weil die Bevölkerung schneller wuchs als das Bruttosozialprodukt.

Die Explosion der Bevölkerungszahlen hat nicht nur die üblichen Annahmen über das biologisch mögliche Maximum der Bevölkerungsentwicklung widerlegt, sondern auch die Planung des Entwicklungsprozesses außerordentlich erschwert. Die Konsequenzen dieses Trends für die Welt als Ganzes sind noch gar nicht abzuschätzen.

Einige Zahlen mögen die Situation verdeutlichen. Um Christi Geburt war die Erde von rund 210 Mill Menschen bevölkert. Selbst 1000 Jahre danach, d. h. im frühen Mittelalter, war die Weltbevölkerung vermutlich nicht viel höher. Erst um das Jahr 1800 war die erste Milliarde erreicht. Das 19. und das frühe 20. Jahrhundert erlebten dann ein rasches Wachstum der Weltbevölkerung, die bereits nach rund 125 Jahren die Zweimilliardengrenze überschritt. Jedoch kam es erst im zweiten Viertel des 20. Jahrhundert zur sog. Explosion der Bevölkerung, denn in nur 30 weiteren Jahren, d. h. bis 1960, stieg die Weltbevölkerung auf drei Milliarden.

Die neuste Entwicklung zeigt jedoch, daß das Wort ›Bevölkerungsexplosion‹ die Situation nicht zutreffend kennzeichnet. Eher kann man von einer Bevölkerungslawine sprechen. In den letzten 10 Jahren erhöhte sich die Zuwachsrate der Weltbevölkerung auf rund 2 vH jährlich, in den Entwicklungsländern wächst die Bevölkerung zur Zeit im Durchschnitt sogar mit 2,5 bis 2,6 vH. Die Lawine ist also nicht nur größer geworden, sie hat sich auch noch beschleunigt. Wenn das jetzige Tempo beibehalten wird, wird sich die Bevölkerung gegen Ende des Jahrhunderts jeweils innerhalb von acht Jahren um eine Milliarde Menschen vermehren. Unter diesen Umständen wird die Weltbevölkerung, die zur Zeit 3,7 Mrd beträgt, bis zum Jahre 2000 auf knapp 7 Mrd steigen. Bei Fortsetzung des Trends käme man schließlich nach einer weiteren Generation, d. h. in den Jahren zwischen 2030 und 2040, auf 14 bis 15 Milliarden.

Da das Bevölkerungswachstum sich immer mehr in die Entwicklungsländer verlagert hat, wird sich die Weltbevölkerung auch in immer stärkerem Maße in diesen Ländern konzentrieren. Leben dort schon jetzt rund 70 vH der Menschheit, so werden es zu Ende des Jahrhunderts etwa 80 vH sein. Man wird sich an die Vorstellung gewöhnen müssen, daß sowohl China als auch Indien dann mehr als eine Milliarde Einwohner haben und daß viele der großen Städte der Welt in den Tropen liegen werden.

Die Bedeutung der Bevölkerungspolitik

Die Entwicklung der Weltbevölkerung ist angesichts solcher Größenordnungen nicht mehr nur eine Frage der Entwicklungspolitik sondern ein Problem, das alle Staaten angeht. Seine Folgen — etwa für den Rohstoffverbrauch, den Kapitalbedarf und die Umweltverschmutzung — sind erst in Umrissen übersehbar. Die Fachleute sind sich im wesentlichen einig, daß der Vermehrung des Menschen so bald wie möglich Einhalt geboten werden muß, was vor allem bedeutet, daß ab sofort in allen Ländern eine wirksame Familienplanung im Sinne einer Herabsetzung der Geburtenrate zu betreiben ist. Der Bremsweg ist jedoch sehr lang. Neuere Berechnungen (Thomas Frejka, Population Council, Washington) gehen davon aus, daß eine Nettoerproduktionsrate von eins, die nach zwei oder drei Generationen zu einer Stabilisierung der Bevölkerung führen würde, erst im Jahr 2000 erreichbar sein wird. Nach dieser Projektion würde die Bevölkerung dann bei etwa sechs Milliarden liegen, sie würde sich schließlich um das Jahr 2075 bei rund 8,4 Mrd stabilisieren. Diese Vorusberechnung geht davon aus, daß in den nächsten 30 Jahren auf rund eine Milliarde Geburten verzichtet werden wird.

Erste Ansätze zur praktischen Familienplanung

Es hat sehr lange gedauert, bis die Größe der Gefahr, die in der unkontrollierten Bevölkerungvermehrung liegt, erkannt wurde. Zwar ist diese Erkenntnis selbst heute noch nicht Gemeingut, jedoch sind große Fortschritte zu verzeichnen. Während 1960 erst drei Länder ein offizielles Programm zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums hatten (China, Indien, Pakistan), hatten sich bis 1971 insgesamt 35 Länder für eine solche Politik entschieden. Sie umfassen drei Viertel aller in Entwicklungsländern lebenden Menschen. Weitere 34 Länder mit rund 12 Prozent der in Entwicklungsländern lebenden Bevölkerung waren bereit, private Programme der Familienplanung zu tolerieren oder zu unterstützen. Von den Entwicklungsländern mit mehr als 20 Mill Einwohnern zeigten bis jetzt lediglich fünf kein Interesse an einer Familienplanung. Es ist kein Zufall, daß drei dieser Länder in Südamerika liegen, wo die Bevölkerungspolitik durch religiöse Vorbehalte stark belastet ist.

Bis 1970 hatten ferner dreißig Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, darunter 19 Entwicklungsländer, die Erklärung der Vereinten Nationen zur Bevölkerungsfrage angenommen. Diese Erklärung bezeichnet die unkontrollierte Bevölkerungvermehrung als eines der großen Probleme der Menschheit und empfiehlt zu seiner Lösung Maßnahmen der Familienplanung.

Da die amtliche Politik lange Zeit eher die Bevölkerungvermehrung begünstigte, waren es zunächst private Organisationen, die sich der Familienplanung widmeten, wobei sozialpolitische Motive mindestens ebenso wichtig waren wie bevölkerungspolitische. 1952 schlossen sie sich zur International Planned Parenthood Federation (IPPF) zusammen. Dieser Organisation, die ihren Sitz in London hat, gehören heute 79 autonome nationale Verbände der Familienplanung an. Sie verfügt über ein Budget von rd. 20 Mill US-Dollar. Trotz des

Vordringens amtlicher Bevölkerungskontrolle ist die IPPF immer noch für einen großen Teil der auf der Welt durchgeführten Maßnahmen der Familienplanung verantwortlich.

Bevölkerungspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen

Bis 1967 befaßten sich im Rahmen der Vereinten Nationen vor allem zwei Stellen mit Bevölkerungsfragen: die Bevölkerungsabteilung (Population Division) des Generalsekretariats sowie die Bevölkerungskommission (Population Commission) des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC). Die Bevölkerungsabteilung sammelte und analysierte demographische Daten und gab technische Hilfe, die im Zusammenhang mit ihrem Tätigkeitsbereich stand. Die Bevölkerungskommission beschäftigte sich als ständiger Sonderausschuß des ECOSOC mit allen bevölkerungspolitischen Fragen von der Statistik bis hin zur Familienplanung.

Die Vereinten Nationen waren sich zwar des engen Zusammenhanges zwischen Bevölkerungswachstum und allgemeiner Entwicklungsstrategie, wie sie für die sog. erste Entwicklungsdekade beschlossen worden war, bewußt, doch fehlte eine Institution, die an die Stelle punktueller Maßnahmen ein integriertes bevölkerungspolitisches Programm gesetzt hätte. Um diesen Mangel zu beheben, wurde aufgrund von Beschlüssen der Generalversammlung (A/Res/2211 (XXI) vom 17. Dezember 1966) und des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen 1967 der ›Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen‹ vom Generalsekretär ins Leben gerufen. Seine amtliche englische Bezeichnung lautet ›United Nations Fund for Population Activities‹ (UNFPA).

Hauptziele des UNFPA

Hauptzweck des Fonds ist es, für die im Rahmen des Verbandes der Vereinten Nationen durchzuführenden bevölkerungspolitischen Maßnahmen zusätzliche Mittel zu beschaffen und als zentrale Planungs- und Koordinierungsstelle für derartige Maßnahmen zu dienen. Mit Hilfe der dem Fonds zufließenden Mittel sollen folgende Hauptziele verwirklicht werden:

- > Mitgliedsstaaten, die um Hilfe bei der Bewältigung von Bevölkerungsproblemen nachsuchen, systematisch und kontinuierlich zu unterstützen,
- > den Regierungen zu helfen, die Bevölkerungsfrage und die sich daraus ergebenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu heben,
- > Organisationen im Bereich der Vereinten Nationen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese im Rahmen ihrer Zuständigkeit wirksame Hilfe bei der Planung, Programmierung und Durchführung von bevölkerungspolitischen Maßnahmen leisten können.

Organisatorische Struktur

Der Sitz des Bevölkerungsfonds ist New York. Nach der Aufbauphase wurde der Fonds im Mai 1969 der Aufsicht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) unterstellt. Die eigentliche Leitung des Fonds obliegt einem Exekutivdirektor. Zur Zeit wird dieses Amt von *Rafael M. Salas*, der früher dem philippinischen Kabinett angehörte, wahrgenommen. Der Fonds besteht nach einer kürzlich erfolgten Umorganisation aus einer Programmabteilung (Programme Division), einer Durchführungs- und Auswertungsabteilung (Implementation and Evaluation Division) sowie einem Planungsbüro (Policy and Planning Office). Der relativ kleine Stab (14 Bedienstete) soll erweitert werden, da er für die Verwaltung der rasch angestiegenen Mittel und des umfangreicher werdenden Programms nicht mehr ausreicht.

Das Arbeitsprogramm des Fonds wird vom Administrator des UNDP und vom Exekutivdirektor des Fonds festgelegt. Drei Beratungsgremien wirken dabei in politischer und fachlicher Hinsicht mit.

1. Beirat (Advisory Board)

Die 21 Mitglieder des Beirats werden in ihrer persönlichen Eigenschaft, also nicht als Regierungsvertreter, vom Generalsekretär der Vereinten Nationen berufen. In der Regel handelt es sich um Personen, die in der bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe an verantwortlicher Stelle tätig sind oder waren, z. B. Minister oder Leiter wichtiger Institutionen des Verbandes der Vereinten Nationen (etwa der Regionalkommissionen). Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Anfang 1970 durch Dr. *Erhard Eppler*, den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in diesem Gremium vertreten. Der Beirat hat die Aufgabe, an der Formulierung der Gesamtpolitik des Fonds, der Setzung von Prioritäten sowie der Bewertung der Tätigkeit des Fonds im Rahmen der unterstützten bevölkerungspolitischen Programme und Projekte mitzuwirken. Dabei ist es auch möglich, daß die Mitglieder einzeln zu Rate gezogen werden.

In einem 1972 einberufenen Unterausschuß des Beirats werden insbesondere die Probleme der weiteren Entwicklung des Fonds behandelt.

2. Beratender Programmausschuß

(Programme Consultative Committee)

Dieser Ausschuß tagt zweimal im Jahr und soll die Tätigkeit des Fonds mit anderen Gebern, darunter auch privaten Organisationen, koordinieren. Neben verschiedenen Behörden, die auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe tätig sind (z. B. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit), entsenden daher auch die Ford- und Rockefeller-Stiftung, die IPPF, die OECD, der amerikanische Bevölkerungsrat (Population Council) Vertreter in diesen Ausschuß.

3. Beratender Ausschuß der UN-Organisationen

(Inter-Agency Consultative Committee)

Auch dieser Ausschuß, in dem alle Organisationen des UN-Verbandes vertreten sind, die für den Fonds Projekte durchführen, hält zweimal im Jahr Sitzungen ab. Er erörtert Fragen der Koordinierung der vom UN-Verband durchgeführten Bevölkerungsprojekte.

Mittelaufkommen

Die Mittel des Fonds stammen aus freiwilligen Beiträgen, sowohl von Regierungen als auch von privater Seite. Der Fonds stellt diese Mittel denjenigen Stellen im Bereich der Vereinten Nationen zur Verfügung, die bevölkerungspolitische Maßnahmen durchführen. Er ist jedoch auch befugt, private Organisationen zu unterstützen, die auf dem Gebiet der Familienplanung tätig sind. Die Geberländer haben die Möglichkeit, die Verwendung der von ihnen gespendeten Mittel unmittelbar zu beeinflussen, indem sie diese mit einer Zweckbindung (sog. earmarking) versehen.

In den Jahren 1968 und 1969, die mit vorbereitenden Arbeiten ausgefüllt waren, wurden dem Fonds insgesamt rund 5 Mill US-Dollar zur Verfügung gestellt. Die Zahl der Geberländer stieg von einem im Jahre 1967 auf sieben im Jahre 1969 an.

1970 war das erste volle Betriebsjahr des Fonds. Insgesamt 23 Länder, darunter 13 Entwicklungsländer, sagten dem Fonds Unterstützung in Höhe von insgesamt 15,4 Mill \$ zu. Wichtigster Geldgeber waren die USA, die 7,5 Mill \$, d. h. die Hälfte der Beiträge, aufbrachten. Sie hatten sich verpflichtet, Zusagen auf ›matching basis‹, d. h. in gleicher Höhe wie alle anderen Geber zusammen genommen, zu machen.

Im Jahre 1971 erhielt der Fonds von den USA die Zusage, daß sie nach dem im Vorjahr angewandten Verfahren erneut Mittel zur Verfügung stellen würden. Somit trugen die USA auch 1971 rund die Hälfte bei. Insgesamt stellten bisher 48 Länder dem Fonds 49,9 Mill Dollar zur Verfügung. 1971 beliehen sich die Zusagen, die von 45 Ländern gegeben wurden, auf rd. 29 Mill US \$, von denen jedoch nur ein Teil, nämlich 12,7 Mill \$, dem Fonds im gleichen Jahr zufließen. (Einzelheiten s. Tabelle).

Beiträge zum UN-Bevölkerungsfonds in Mill US \$

Zusagen	1967 bis 1971 insgesamt	davon 1971
USA	26,0	14,5
Schweden	5,0	3,0
Japan	3,5	2,0
Bundesrepublik Deutschland	3,1	1,6
Kanada	3,0	2,0
Vereinigtes Königreich	2,5	1,4
Norwegen	2,0	1,5
Niederlande	1,2	1,0
Pakistan	0,5	0,3
Iran	0,5	0,3
Sonstige Länder	2,1	1,4
Insgesamt	49,4	29,0

Es ist bereits jetzt abzusehen daß sich der Mittelbedarf des Fonds in den nächsten Jahren beträchtlich erhöhen wird. Nach Schätzung der Fondsleitung wird der Fonds 1972 rd. 40 Mill \$ und 1974 schon rd. 65 Mill \$ benötigen.

Planung und Durchführung der Aufgaben des UNFPA

Entsprechend den oben genannten Zielsetzungen hat der Fonds ein breites Spektrum von Programmen und Projekttypen, das er fördern kann. Prinzipiell wird der Fonds auf Antrag von Regierungen und privaten Verbänden der Familienplanung aus Entwicklungsländern sowie von regionalen Gruppierungen solcher Länder tätig. Jedoch können Projekte auch auf Grund von Initiativen des Fonds oder anderer Teile des UN-Verbandes durchgeführt werden.

Der Vertreter (Resident Representative) des UNDP im jeweiligen Entwicklungsland dient als Anlaufstelle für den Antrag an den Fonds. Darüber hinaus koordiniert er auch die Arbeit der bei der Durchführung beteiligten Organisationen. Er wird dabei je nach Bedarf von Fachleuten seines Stabes (Senior Advisers oder Population Programme Officers) unterstützt, die aus Fondsmitteln bezahlt werden. Über kleinere Projekte kann er an Ort und Stelle entscheiden.

In jedem Fall werden bevölkerungspolitische Projekte in einem Land nur auf Wunsch des Landes durchgeführt, denn der Fonds kann und will derartige Maßnahmen nicht «verordnen».

Besondere Priorität gibt der Fonds solchen Projekten, die den Bedürfnissen des betreffenden Landes entsprechen und einen Versuch darstellen, das Bevölkerungsproblem in umfassender und kontinuierlicher Weise zu bewältigen. Dabei soll das von den Vereinten Nationen geforderte allgemeine Prinzip, daß Familien und Einzelpersonen nicht zur Familienplanung oder Geburtenkontrolle gezwungen werden dürfen, immer beachtet werden. Ferner soll der Fonds schon bestehende bevölkerungspolitische Programme nicht stören sondern ergänzen.

Im Rahmen dieser Bedingungen hat der Fonds relativ viel Freiheit hinsichtlich der Art der Projekte, die er fördern möchte, und der Instrumente und Organisationen, deren er sich bedient. Er kann Berater entsenden, Stipendien gewähren, Tagungen organisieren, Transport- und Ausrüstungskosten übernehmen, Materiallieferungen und Landeswährungskosten finanzieren. Bei der Übernahme von Kapitalkosten ist der Fonds i. d. R. zurückhaltend, das gleiche gilt für die Gewährung von Budgetzuschüssen.

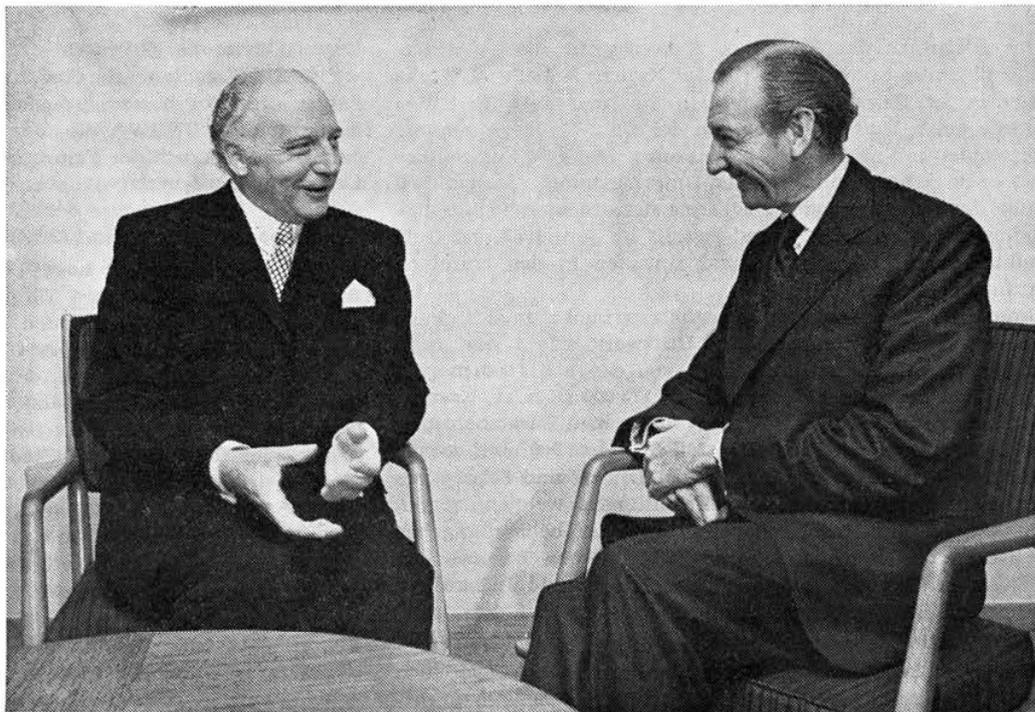
Von den im Jahre 1971 für Projekte veranschlagten Mitteln in Höhe von 15,3 Mill \$ ging der Löwenanteil (rd. zwei Fünftel) in die Lieferung von Materialien und Ausrüstungsgegenständen, rund ein Fünftel wurde für Ausbildungszwecke und Stipendien verwendet, ein knappes Viertel entfiel auf Forschungs- und Beratungsprojekte.

Die wichtigsten Bereiche der vom Fonds unterstützten Tätigkeiten sind

- > *Demographie*, d. h. Technische Hilfe bei der Sammlung und Auswertung von Bevölkerungsdaten, sowie der demographischen Forschung. Beispielsweise unterstützt der Fonds drei regionale demographische Zentren (Santiago de Chile, Bombay und Kairo), aber auch Ausbildungsstätten in Jaunde und Accra;
- > *bevölkerungspolitische Öffentlichkeitsarbeit*;
- > *Familienplanung*. Technische Hilfe bei der Planung, Durchführung und Evaluierung von bevölkerungspolitischen Programmen, dazu gehört auch die Ausbildung von Fachleuten der Familienplanung;
- > *medizinische und biologische Forschung*, einschließlich Entwicklung neuer Methoden der Geburtenkontrolle.

Nur ein kleiner Teil der genannten Bereiche wird vom Fonds

Außenminister Walter Scheel (links) im Gespräch mit Generalsekretär Kurt Waldheim am 4. Oktober im Hauptgelände der Vereinten Nationen in New York. — Es ist zu einer Regel geworden, daß sich der deutsche Außenminister zu Beginn der jährlich stattfindenden Herbsttagung der Generalversammlung an den Sitz der Weltorganisation nach New York begibt, um mit einem Großteil der anwesenden hohen Politiker aller Länder Gespräche zu führen. Die Anwesenheit von mehr als 100 Außenministern, Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten bietet jährlich die einzigartige Gelegenheit, zwanglos, unauffällig, schnell, ohne besondere Protokoll- und Prestige-probleme einzeln oder in Gruppen miteinander zu konferieren. Zu diesen inoffiziellen Gesprächen am Rande der UNO gehört für den deutschen Außenminister regelmäßig auch ein Höflichkeitsbesuch beim Generalsekretär der Vereinten Nationen oder, wie diesmal, zugleich eine Erörterung der Modalitäten bei der Aufnahme der BR Deutschland.



in eigener Regie durchgeführt. In der Regel wird eine geeignete Organisation des UN-Verbandes mit der Durchführung betraut. Im Vordergrund stehen dabei das Sekretariat der UN sowie die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Weitere beteiligte Organisationen sind das Kinderhilfswerk (UNICEF), die UNESCO, das Internationale Arbeitsamt (ILO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) sowie die Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO). Die für 1971 veranschlagten Ausgaben verteilen sich auf die Organisationen wie folgt:

Vereinte Nationen	34,1 vH
WHO	26,2 vH
UNICEF	20,4 vH
UNESCO	5,5 vH
IPPF	4,9 vH
FAO	3,3 vH
Weltbank	2,6 vH
ILO	1,8 vH
UNDP	0,9 vH
UNIDO	0,3 vH
zusammen 15 338 296 Mill \$ =	100,0 vH

Besonders bemerkenswert ist der hohe Anteil der an UNICEF fließenden Mittel. Das Weltkinderhilfswerk hat sich seit 1967 in steigendem Maße Aufgaben der Familienplanung zugewandt.

Betrachtet man die geographische Verteilung der für 1971 veranschlagten Ausgaben, so zeigt sich, daß fast zwei Fünftel nach Asien (ohne Nahen und Mittleren Osten) fließen sollten, während die übrigen Regionen jeweils zwischen 12 und 14 Prozent der Mittel erhielten (vgl. folgende Tabelle):

Afrika	11,8 vH
Asien (ohne Nahen und Mittleren Osten)	38,0 vH
Naher und Mittlerer Osten	13,4 vH
Lateinamerika	12,8 vH
Europa	0,3 vH
internationale Programme	23,7 vH
zusammen	100,0 vH

Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützte den Fonds erstmals im Jahre 1970 mit einem Betrag von 5,5 Mill DM (rd. 1,50 Mill US \$), im Jahre 1971 sagte sie den gleichen Betrag zu. Für 1972 sind 7,5 Mill DM (rd. 2,3 Mill \$) im Haushalt des BMZ für diesen Zweck veranschlagt.

Grundsätzlich zieht es die Bundesregierung vor, die Hilfe auf dem Gebiet der Familienplanung multilateral abzuwickeln, jedoch schließt sie in ihrer entwicklungspolitischen Konzeption, die am 11. Februar 1971 vom Kabinett verabschiedet wurde, bilateral geförderte Projekte nicht aus. So wurde 1971 ein multifunktionales Ausbildung- und Forschungszentrum, das von der Weltgesundheitsorganisation zusammen mit deutschen und tunesischen Organisationen für Familienplanung in Tunis durchgeführt wird, direkt von deutscher Seite unterstützt. Jedoch ist zu erwarten, daß das Schwergewicht der deutschen Hilfe auch weiterhin im multilateralen Bereich liegen wird.

Ausblick: Das Weltbevölkerungsjahr 1974

Zweifellos wird in den nächsten Jahren die Bevölkerungsfrage mit mehr Intensität behandelt werden als bisher. Dafür werden schon allein die Vorbereitungen für die dritte Weltbevölkerungskonferenz sorgen, die im August 1974 in New York unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfinden wird. Im Gegensatz zu den beiden bisherigen Konferenzen, die 1954 in Rom und 1965 in Belgrad stattfanden und noch einen stark wissenschaftlichen Anstrich hatten, wird sich die dritte Weltbevölkerungskonferenz auf die praktische Bevölkerungspolitik konzentrieren. Sie wird gleichzeitig Höhepunkt des Weltbevölkerungsjahres sein, das die Vereinten Nationen für 1974 proklamiert haben, um die Welt auf den Ernst des Bevölkerungsproblems aufmerksam zu machen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des Programmes des Weltbevölkerungsjahres wird der Fonds, der sich angesichts der großen kommenden Aufgaben zur Zeit in einem Prozeß kritischer Selbstprüfung befindet, eine Schlüsselrolle zu spielen haben.

UNRWA-Hilfe für die Palästinaflüchtlinge

SIR JOHN S. RENNIE
Generalkommissar der UNRWA

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, UNRWA) wurde am 8. Dezember 1949 von der UNO-Vollversammlung gegründet und nahm seine Arbeit am 1. Mai 1950 auf. Seither hat es sie mit nur ganz geringen Unterbrechungen fortgeführt, trotz der Suezkampagne 1956, trotz der erneuten Feindseligkeiten zwischen Arabern und Israelis im Juni 1967 und trotz militärischer Zwischenfälle und Unruhen in den einzelnen Aufnahmeländern.

Um diese Tätigkeit richtig abzuschätzen, muß man sich einige Zahlen vor Augen führen. Das Hilfswerk erfaßt jetzt rund anderthalb Millionen Flüchtlinge, von denen 832 000 monatliche Lebensmittelrationen erhalten; 173 000 (Kinder, Kranke, schwangere und stillende Frauen) bekommen Zusatznahrung; 157 500 Kindern wird ein Glas Milch und 63 500 eine warme Mahlzeit täglich verabreicht. In den Lagern und Städten, in denen größere Gruppen von Flüchtlingen wohnen, sorgen Polikliniken für Krankheitsverhütung und -behandlung; sie erhielten im letzten Jahr rund 5½ Millionen Besuche von Patienten. Über eine viertel Million Kinder und Jugendliche besuchen UNRWA/Unesco-Schulen.

Die Flüchtlingslager

Man setzt in Europa oft Flüchtlingsdasein und Lagerleben gleich. Das trifft nur für eine Minorität der Palästinaflücht-

linge zu, denn nur 39 Prozent von ihnen bewohnen die Lager, wobei die Familien, die eine andere Unterkunft gefunden haben, oft nicht besser daran sind. Als Palästinaflüchtlinge betrachtet die UNRWA die Menschen, die mindestens zwei Jahre vor Ausbruch der Feindseligkeiten ihr Heim und ihren Lebensunterhalt verloren haben. Nur bedürftige Flüchtlinge erhalten Hilfeleistungen der UNRWA, auf die auch die Kinder von eingetragenen Flüchtlingen Anrecht haben.

Auch über die Natur der Lager bestehen oft irrierte Ansichten. Als die UNRWA 1950 ihre Tätigkeit begann, übernahm sie von den wohltätigen Verbänden rund 60 »Lager«, d. h. Siedlungen von Palästinaflüchtlingen, die Unterkunft in Zelten und andere Hilfeleistungen erhalten hatten. Diese Lager waren unter Zeitdruck entstanden, und das Hilfswerk mußte dort bestimmte Dienstleistungen gewähren, die gewöhnlich Sache einer Regierung oder Stadtverwaltung sind — und in dünn besiedelten Landbezirken sogar ausfallen — wie z. B. sanitäre Dienste, sowie Bau und Instandhaltung von Straßen und Wegen. Die meisten älteren Lager sehen jetzt aus wie ärmliche Dörfer oder Stadtviertel, und ihre Einwohner können kommen und gehen, wie sie wollen.

Im Laufe der Zeit wurden die Zelte durch Behausungen aus Lehmziegeln oder Betonblöcken ersetzt, die teils von der UNRWA, teils von den Flüchtlingen mit Hilfe der UNRWA gebaut wurden. Einzelne Flüchtlinge oder Familien bauen